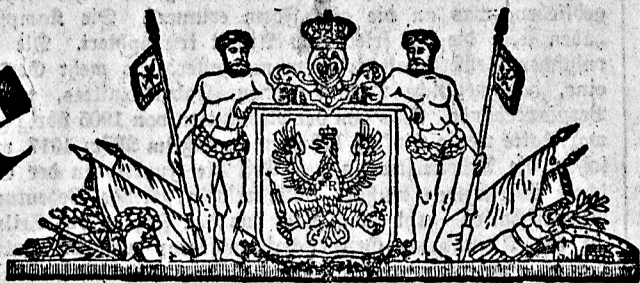


Vossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: Monatlich 8 75 Mark, vierteljährlich 11.25 M. in Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1 M. u. 60%, Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 281.

Drohender Generalstreik der Bankbeamten.

Verhaftung des Führers Emonts.

Gestern abend fanden in den Räumen der Germaniastraße zwei vom Allgemeinen Bankbeamten-Verband einberufene Bankbeamtenversammlungen statt, in denen Emonts vor dem auf den 3. Juli festgesetzten Beginn der verhängten Tarifverhandlungen über das Thema: „Die Bankbeamten vor der Entscheidung“ sprechen sollte. Die Nachricht von der Verhaftung Emonts (über die noch weiter unten berichtet wird) löste unter den erschienenen Bankbeamten, die auf etwa 3000 zu schätzen waren, große Erregung aus. Der Bankbeamte Reichmann, der als Vertreter der Arbeitnehmer dem Schiedsgericht angehört, ließ durchblicken, daß die Verhaftung wohl auf das Betreiben der Bankleitungen zurückzuführen sei. Ein anderes führendes Mitglied des Allgemeinen Verbandes behauptete, daß ein Flugblatt des Deutschen Bankbeamten-Bereins, das in Breslau ausgegeben wurde, und in welchem Emonts als Kommunist gekennzeichnet wird, die Ursache des Einschreitens gewesen sei. Gegen den Deutschen Bankbeamten-Berein wurde von dem Hauptredner der Vorwurf erhoben, daß er in manchen Punkten die Forderungen der Bankbeamten nicht richtig vertrete. Die Bankbeamten ständen aber auch in der Provinz auf dem Standpunkt, daß ihre berechtigten Forderungen unter Umständen mit gewerkschaftlichen Mitteln zu erkämpfen seien. Unter stürmischem Beifall wurde die sofortige Entlassung Emonts gefordert, widrigenfalls die Bankbeamtenentschlossen sei, heute (Dienstag) mittags 12 Uhr in den Ausstand zu treten. Diese Forderung wurde in der folgenden, einstimmig angenommenen Entschließung festgelegt:

Die am 30. Juni in den Germaniastraßen versammelte Bankangestellten-Gesellschaft Groß-Berlins hat mit größter Entrüstung die Nachricht von der unbegründeten Verhaftung ihres Führers Karl Emonts zur Kenntnis genommen. Anscheinend liegt hier ein Versuch vor, die Angestellten-Gesellschaft in ihren rein-wirtschaftlichen Bestrebungen durch die Verhaftung ihres bewährten Führers lahmzulegen. War schon die Verzögerung der Verhandlungen eine Provokation der Angestellten-Gesellschaft, so trifft das um so mehr bei dieser neuesten Maßnahme der in Frage kommenden Behörden zu. Auf diese fällt auch die volle Verantwortung zurück, wenn die Angestellten-Gesellschaft in unbedingter Treue zu ihrem Führer sich zu Maßnahmen gezwungen sehen sollte, die eine erneute Schädigung des gesamten Wirtschaftslebens im Gefolge haben müßten. Die Versammlung fordert deshalb die unverzügliche Freilassung ihres Führers Karl Emonts und ist entschlossen, sofort in den Proteststreik zu treten, falls die Entlassung nicht bis Morgen mittags 12 Uhr (Dienstag) erfolgt ist.

Ueber die Vorgänge, die unter den Bankbeamten so große Bewegung hervorgerufen haben, erfahren wir:

Der Vorsitzende des „Allgemeinen Bankbeamtenverbandes“ Karl Emonts ist gestern nachmittags in den Geschäftsräumen des Verbandes verhaftet worden. Drei Kriminalbeamte nahmen ihn trotz seines Widerstands fest und brachten ihn nach dem Polizeipräsidium, von wo aus er dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurde. Er war erst Sonntag von einer Reise zurückgekommen, die er durch mehrere Städte des Reiches gemacht hatte in denen er, falls die am Mittwoch beginnenden neuen Tarifverhandlungen im Bankbeamten-Gewerbe scheitern sollten, einem Generalstreik der Bankbeamten den Boden bereitet hatte. Wie wir von amtlicher Seite hören, wird die Verhaftung mit seiner Agitationstätigkeit begründet.

Der „Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten“ schreibt uns dazu: „Durch diese Verhaftung sind die Tarifverhandlungen für das Bankgewerbe, die am 3. Juli d. Js. wieder aufgenommen werden sollten, in Frage gestellt, da Emonts als Arbeitnehmerbevollmächtigter dem Schlichtungsausschuß für das Bankgewerbe als Vertreter des Allgemeinen Verbandes angehört. Sie kann zu den schlimmsten Folgen für das Bankgewerbe und somit für das gesamte Wirtschaftsleben führen. Die Maßnahmen zur Entlassung Emonts sind veranlaßt worden.“

Auch der Kommunistenführer Herrfurth ist verhaftet worden. Es liegt seit längerer Zeit ein Schubhaftbefehl gegen ihn vor. Die Verhaftung fand in einer Versammlung der Kommunistischen Partei Deutschlands in den Germaniastraßen statt. Herrfurth ist bereits seit längerer Zeit gesucht worden.

Berlin ohne Verkehr.

W. T. B. meldet: Nach allen Nachrichten wird der Verkehr am Dienstag auf den Straßenbahnen und der Hoch- und Untergrundbahn ruhen. Auch der Verkehr auf der Stadt- und Ringbahn sowie den Vorortstrecken wird sich nicht aufrecht erhalten lassen.

Weitere Nachrichten über die Verkehrsstreiks veröffentlichen wir in der 1. Beilage.

Verbot des Waffenverkaufs.

Ein Erlaß Roskes.

Besondere Vorkommnisse veranlassen mich, im Einverständnis mit dem preussischen Handelsministerium, auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand allen in den unter Belagerungszustand stehenden Gebieten gelegenen Waffen- und Munitionsfabriken, sowie Zwischenhändlern und Verkaufsstellen jeglichen Verkauf von Waffen, Munition und Sprengmitteln zu untersagen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, falls die betreffenden Gesetze keine höhere Strafe androhen. Ausnahmen unterliegen meiner besonderen Genehmigung. Ich mache die Polizeibehörden für die Ueberwachung und Durchführung des Verbots verantwortlich und weise insbesondere auf scharfe Kontrolle der Verkehrsmittel hin. Der Oberbefehlshaber. gez. Roske.

Warnung in eiliger Stunde.

Die Drahtzieher des Verkehrsstreiks.

Von unterrichteter Stelle wird erklärt: Am 30. Juni hat sich die Streiklage im allgemeinen eher verschärft als gebessert. Der Verkehr hat sich zwar ungefähr im bisherigen Umfang aufrecht erhalten lassen, aber die Stimmung ist, soweit sich das beurteilen läßt, ungünstiger geworden. Die Haltung aller Organisationen ist zwar offiziell noch wie vor durchaus ablehnend gegen den Streik, eine Vertrauensmännerversammlung der Gewerkschaft der Eisenbahnbeamten hat sich sogar gestern mit überwiegender Mehrheit gegen den Streik ausgesprochen, aber es zeigt sich leider immer wieder, daß die Organisationen nicht die Führung in der Hand haben. Die Führung liegt bei ganz anderen Leuten, die gewissenlos die Menge der Beamten und Arbeiter für ihre dunklen Zwecke zu mißbrauchen sich bemühen. Es muß immer wieder betont werden, daß die ganze Streikbewegung lediglich eine politische ist, auf den Sturz der Regierung und die Herbeiführung kommunistischer Ziele gerichtet. Es ist kaum mehr daran zu zweifeln, daß bekannte kommunistische und unabhängige Führer hinter der Bewegung stehen. Auch an Geldmitteln scheint es ihnen nicht zu fehlen.

An alle Beamten und Arbeiter und die ganze Bevölkerung muß deshalb die bringende Mahnung gerichtet werden, sich nicht von diesen dunklen Elementen mißbrauchen und irreführen zu lassen. Die Anstifter eines Verkehrsstreiks im jetzigen Augenblick begehen ein Verbrechen nicht nur am Lande, sondern ein Verbrechen am Leben und der Gesundheit der Bevölkerung, der Frauen, Kinder und Kranken insbesondere. Jeder Beamte und Arbeiter soll sich die Erfahrungen der letzten Monate vor Augen halten. Die Führer der Bewegung sind im entscheidenden Augenblick verschwunden, die Menge der Arbeiter und Beamten sind die Geldtragenden. Schwer trifft sie jetzt schon der Verlust des Arbeitslohnes. Auch den Beamten muß nach dem Gesetz für die Streiktage das Gehalt gekürzt werden. Bringt der Streik erst aus, dann ist es sehr fraglich, ob alle bisher in den Betrieben Beschäftigten ihre Arbeitsplätze wieder einnehmen können.

Räte und Gewerkschaften in Rußland.

Von unserem Sonderberichterstatter.

* Genf, im Juni.

„... nicht die Armee, sondern die Arbeiter begannen den Aufstand. Nicht die Generale zogen vor die Reichsduma, sondern die Soldaten. Die Soldaten aber unterstützten die Arbeiterschaft nicht deshalb, weil sie gehoramt den Befehlen ihrer Offiziere Folge leisteten, sondern weil sie sich als Volk empfanden — und zwar nicht in dem Sinne, daß sie sich als dieselben russischen Menschen gefühlt hätten, wie es auch die Offiziere waren, sondern weil sie die Blutsbande verpöhrten, die sie an die Arbeiter banden als an eine Klasse der gleichen arbeitenden Menschen, wie sie selber waren.“

Mit solchen Worten hat der bürgerliche Gelehrte Professor Ljuga-Baranowitsch den sozialen Ursprung der russischen Revolution gekennzeichnet. Und während noch Monate hindurch das offizielle Rußland das politische Prestige zu wahren und einen imperialistischen Krieg zu führen wußte, reisten hinter den Kulissen die neuen Formen des arbeitenden Rußland heran. Der bolschewistische Umsturz ist immer wieder als das Werk bezahlter Agitatoren hingestellt worden, dem die Masse, von Hunger und Friedenssehnsucht beherrscht, zur Beute gefallen sei. Daran ist vieles richtig, aber man darf nicht übersehen, daß vom ersten Tage der Märzrevolution an eine selbstbewußte aktive Politik namentlich unter der städtischen Arbeiterschaft geführt wurde, daß die dem Bolschewismus zugeschriebenen Neuschöpfungen in der Struktur des sozialen Lebens bereits vor den Bolschewisten bestanden haben und von ihnen, wie die Revolution überhaupt, nur „vertieft“ worden sind. Bei dem Mangel an Mitteilungen über diese hinter der politischen Bühne sich vorbereitenden sozialen Neubildungen, ist auch ein älterer Aufsatz interessant, der der Entwicklung des Organisationswesens der russischen Arbeiterschaft in einer zufällig nach der Schweiz gelangten Nummer des sozialrevolutionären Journals „Unser Weg“ gewidmet wird, um so mehr, als sich Analogien für die deutsche Gegenwart unschwer herstellen lassen.

Die berühmteste Organisationsform der russischen Revolution, die Arbeiterdeputiertenräte, kurz die „Sowjets“ genannt, sind in ihrer politischen Wirksamkeit zur Genüge bekannt. Sie entstanden beim Ausbruch der Revolution spontan in Erinnerung an die Arbeiterräte der ersten Revolution von 1905, die von den menschewistischen Sozialdemokraten (den Parteigenossen der „Iskra“) ins Leben gerufen worden waren, zwar nicht aus Mangel an einer Vertretung der Arbeiterschaft — es gab bereits damals russische Gewerkschaften —, wohl aber als eigentliche politische Kampforgane, die eine Art Volksvertretung für kurze Zeit bildeten. Die politische Tätigkeit der Sowjets von 1917, ihre mit dem berühmten „Arbeits Nr. 1“ beginnende Tätigkeit, die die Disziplin in der Armee untergab, ihr Kampf gegen die imperialistischen Geisteswunders, später unter Kerenski das entscheidende Eingreifen in die innere Politik und der Uebertagung zu den Bolschewiki, die die Sowjetform ohne weiteres akzeptierten, das alles ist bekannt. Weniger bekannt hingegen ist, daß die Sowjets anfangs auch die ökonomischen Organe des Proletariats gewesen sind. Sie leiteten die Streiks, richteten Einigungsämter ein, förderten die Gewerkschaften durch besondere „Abteilungen für Lohnarbeit“ — eine Maßnahme, die zur Abhängigkeit der Gewerkschaften von den Sowjets und wiederholt zu Streitigkeiten zwischen ihnen geführt hat. Mit dem Erstarken der Gewerkschaften im Laufe des Sommers arbeitete sich geradezu eine feindliche Opposition der Gewerkschaften zu den Sowjets heraus. Später erlosch diese Tätigkeit der Arbeiterräte, sie konzentrierten ihre Kräfte auf den politischen Kampf um die Macht im Staate, sie werden die Träger des Bolschewismus, der ihnen, einmal am Ruder, die eigentliche Volksgewalt nimmt durch Uebertragung an die Volkskommissare.

Neben den Gewerkschaften, von denen noch die Rede sein wird, haben die Fabrikkomitees in der Entwicklung der russischen Arbeiterfrage eine entscheidende Rolle eingenommen. Auch sie sind kein Erzeugnis des Bolschewismus, sondern gehen auf die ersten Tage der Märzrevolution zurück, als vom Bolschewismus noch keine Rede war. Allerdings verließ die Tätigkeit dieser Fabrikkomitees zuerst unbemerkt, sie führte noch nicht zu einer Vereinigung der Komitees in den einzelnen Establishments und wurde sogar von den Arbeitern in den Gewerkschaften in ihrem Wesen nicht erkannt. Sie entstanden auch zunächst nicht als Repressivmaßnahmen, sollten nicht, wie es später der Fall war, die Fabrikleitung durch die bisherigen Besitzer prinzipiell ausschalten, sondern hatten im Sturm der ersten Revolutionstage, als ein Teil der Besitzer geflüchtet war, nur die Aufgabe, die Fabrik wieder im Gang zu bringen. An der Seite der später zurückkehrenden Herren